

1908 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t  
des Sozialausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 19. Oktober 1978  
betreffend ein Bundesgesetz über die Leistung eines weiteren  
österreichischen Beitrages an den Fonds des Umweltprogrammes  
der Vereinten Nationen

Seit dem Jahre 1974 leistet die Republik Österreich an  
den Fonds des Umweltprogramms der Vereinten Nationen einen  
jährlichen Beitrag in der Höhe von 200.000 US-Dollar. Diese  
Leistungen sind jedoch nur bis zum Jahre 1978 geregelt, daher  
bedarf es für die Zahlungen der Jahre 1979 bis 1982 einer  
neuen gesetzlichen Deckung. Durch den vorliegenden Gesetzes-  
beschluß des Nationalrates soll der Bundespräsident oder ein  
von ihm bevollmächtigter Vertreter dazu ermächtigt werden,  
namens der Republik für den obgenannten Zeitraum einen weiteren  
Beitrag in Höhe von 1,2 Millionen US-Dollar in vier gleichen  
Teilbeträgen zu leisten.

Der Sozialausschuß hat die gegenständliche Vorlage in  
seiner Sitzung vom 13. November 1978 in Verhandlung genommen und  
einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen  
Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Sozialausschuß  
somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 19. Oktober  
1978 betreffend ein Bundesgesetz über die Leistung eines weiteren  
österreichischen Beitrages an den Fonds des Umweltprogrammes  
der Vereinten Nationen, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 1978 11 13

S t e i n l e  
Berichterstatter

L i e d l  
Obmann